

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 492.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 1906.

Zweite Ausgabe

Sonnabend, 20. Oktober 1906.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 87. Winterhaus.
Telephon 158; Redaktion Telephon 1372. Eing. Nr. Braunschweig.
Schriftleitung: Dr. Walter Wetzelmann in Halle a. S.

Geschäftsstelle in Berlin Dessauerstr. 14.
Telephon-Nr. VI 11 944.
Druck und Verlag von Otto Zietz in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., den 20. Oktober.

Bezirksamtmann Dr. Kerling. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet: Die gegen den Bezirksamtmann in Soloth, Dr. Kerling, erhobenen schweren Beschuldigungen sind im Auftrage der Kolonialabteilung durch einen preussischen Richter untersucht worden. Durch die Vernehmung dreier in Deutschland befindlicher, als Zeugen benannter Personen sind die Beschuldigungen teils nicht bestätigt, teils widerlegt worden. Zur völligen Klärung der Sache sind noch weitere Erhebungen in den Kolonien erforderlich. Da es jedoch nach dem Ergebnis der bisherigen Beweisaufnahme, bei welcher bis auf einen in den Karolinen befindlichen Zeugen sämtliche als Augenzeugen benannte weißen Personen vernommen worden sind, als äußerst unwahrscheinlich zu betrachten ist, daß es zu einem strafrechtlichen Vorgehen oder zum förmlichen Disziplinarverfahren gegen Kerling kommen könnte, so ist der Genannte, dessen Heimatsurlaub Anfang November abläuft, angewiesen worden, die Wiedereintritts nach Logo mit dem am 9. November von Hamburg abfahrenden Dampfer anzutreten.

Zur braunschweigischen Frage. Die „Braunschweig. Landesztg.“ meldet: In der vertraulichen Sitzung des Landtages am 19. cr., an der die Mitglieder des Regenschatzrats nicht teilnahmen, ist die von der staatsrechtlichen Kommission (Referent Abgeordneter Meißner) ausgearbeitete Erwiderung auf die Vorlage der Regierung betreffend Neuwahl eines Regenten festgestellt und genehmigt worden. Wie verlautet, ist eine nahezu völlige Einigung im Landtage erzielt worden, und zwar dahin, daß man zwar im Prinzip der Regierungsvorlage zustimme, daß aber voraussichtlich die Neuwahl eines Regenten noch etwas ausgeblendet werde. Das genannte Blatt fügt hinzu, man gebe wohl nicht sehr, wenn man annimmt, daß vorher noch verhandelt werden soll, die Sachlage betr. zu klären, daß es möglich wird, in absehbarer Zeit die Regierungsverhältnisse des Herzogtums in irgend einer Richtung definitiv zu regeln.

Das allgemeine Wahlrecht abgelehnt. Die Bürgerchaft von Bremen lehnte den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung des allgemeinen Stimmrechts für die Bürgerdienstverwalter in namentlicher Abstimmung ab.

Der Kaiser in Bonn. Se. Maj. der Kaiser fehrte am Freitag früh um 3 Uhr von dem Ausfluge nach der Wittalsperre nach Bonn zurück, nahm jedoch bei Frau Geheimrat von Sautz den Tee ein und verbrachte den Abend beim Offiziersklub des Infanterie-Regiments König Wilhelm im neuen Offizierskasino.

Die Fahrt ging am Freitag über Fürstlichen, Gemünd, Von Malsbenden hatte der Kaiser die Fahrt auf dem Ufer mit Motorbooten bis zur Sperre gemacht und im Gasthaus bei der Wittalsperre das Frühstück genommen. Bei der Motorboot-Fahrt auf dem See bei der Sperre waren u. a. anwesend der Erbauer der Talsperre Architekt Wörning, Landrat Dr. Breuning und Landrat Dr. v. Schiedden. Die Niedfahrt erfolgte von Gemünd über Burg Wiedeggen, dann über Jülsild, Wilsdorf, Wilsdorf, Wilsdorf nach Bonn. Auch bei dieser Gelegenheit war der Empfang des Kaisers überall ganz außerordentlich herzlich. In jedem Orte hatten Schulen und Kriegervereine Aufstellung genommen, in jedem Dorfe, in jedem Flecken, auch dem kleinsten, zeigten Häuser und Hütten Fahnen, Fähnchen und Laubgewinde.

Der Kaiser und die Vorgänge in Sibirien. Wie der „Dortm. Ztg.“ aus Bonn gemeldet wird, soll der Kaiser in Offizierskreisen den Entschluß geäußert haben, bei der nächsten Krutenberceidigung eine Kabinetts-ordre zu erlassen, durch die Vorgänge, wie sie sich jetzt in Sibirien ereigneten, u. n. möglich gemacht werden sollen.

Prinz Waldemar von Preußen ist Freitag früh im Neuen Palais a. Potsdam eingetroffen.

Sächsische freireinnige Behauptungen.

In einer öffentlichen Professorensammlung freireinniger Wähler in Bremen gegen die Fleischsteuerung wurde diese letztere als eine notwendige Folge unserer Zollerböhung hingestellt und weiter behauptet, daß es sich hier um eine ungeredete Belastung der minderbemittelten Volksschichten zugunsten einiger größerer Grundbesitzer handelte. Zunächst ist es durchaus unzutreffend, daß die Zollerböhung auch nur die hauptsächlichste, viel weniger die alleinige Ursache der hohen Fleischpreise sei. Das geht doch schon daraus hervor, daß dieser Preisstand bereits in vergangenen Jahren eine ähnlich hohe war und daß derselbe — wenigstens soweit die Viehpreise in Betracht kommen — in den ersten Monaten nach Inkrafttreten des erhöhten Zolltarifs sogar eine recht erhebliche Senkung erfuhr. Es ist eben eine durch langjährige Erfahrung bestätigte Tatsache, daß auf zwei Jahre mit besonders niedrigen Vieh-

preisen stets ebenso zwei Jahre mit erhöhtem Preisstande folgen. Das erklärt sich einfach daraus, daß niedrige, unlohnende Viehpreise zu einem Rückschlag in der Viehhaltung führen; hat derselbe einen gewissen Grad erreicht, so steigen die Preise unter der Einwirkung des ständig zunehmenden Fleischbedarfes wieder, und diese Preissteigerung muß längere Zeit anauern, weil sich Schlachtvieh nicht gleich einem Industriearbeitskraft zu jeder Zeit in beliebig vergrößerten Mengen hervorzaubern läßt.

Diesmal wurde die natürliche, ungünstige Wirkung der starken Preissteigerung in den Jahren 1903/04 auf die Entwicklung der deutschen Viehzucht noch durch sehr ungunstige Futterernten vergrößert. Andererseits veranlaßte der gewaltige Aufschwung unserer Industrie mit altem Harten Verzehrer der Arbeitslöhne und der Erwerbsgelegenheit eine rapide Zunahme des Fleischbedarfes im verflochtenen sowohl wie im laufenden Jahre. In diesem zufälligen Zusammenreffen verschiedener wirtschaftlicher Momente, nicht in der relativ geringen Zollerböhung ist es begründet, wenn die auf die Preissteigerung im Vieh- und Fleischmarkt folgende reguläre Futtermittel auf unserem Vieh- und Fleischmarkt höher ausfiel als in früheren Jahren. Im Gehalt von reichlichen Angebot billigeren Futtermittels auf allen Märkten aber machen sich hier untrügliche Anzeichen dafür bemerkbar, daß auch die gegenwärtige Futtermittel der Schlachtviehpreise ihrem natürlichen Ende entgegengeht. Gestört könnte diese reguläre Entwicklung eintreten und allein durch eine umfangreichere Verjüngung unserer Viehbestände werden, wie sie bei einer für die Preissteigerung zurecht befänglichen, unvorsichtig erweiterten Freigabe ausländischer Viehzufuhr dringend zu befürchten ist.

Die weitere Behauptung jenes freireinnigen Versammlungsbredners in Bremen, daß die von der minderbemittelten Bevölkerung unangenehm empfundenen hohen Fleischpreise nur einigen reichen Großgrundbesitzern zugute kämen, ist so unrichtig, daß sie einer Widerlegung gar nicht bedarf. Es ist wirklich überraschend, daß man eine solche Behauptung auch nur einem freireinnigen Großgrundbesitzer vorzulegen wagte. Hat man es doch in früheren Zeiten selbst in linksliberalen Mänteln geteilt, daß die Millionen der deutschen Kleinbauern fast ausschließlich von dem Viehverkauf lebten und daß selbst Landarbeiter, Handwerker und andere kleine „wenigbemittelte“ Leute auf dem platten Lande der Vieh-, besonders der Schweinezucht beträchtlichen Nebenverdienst verdankten. Tatsächlich befinden sich von den 19 Millionen deutscher Schweine 72 Prozent im Besitze der kleinsten Grundbesitzer usw., 23 Prozent im Besitze von Bauern und nur 5 Prozent finden in den Ställen der Großgrundbesitzer zu finden. In 95 Prozent also kommen die besseren Schweinepreise (soweit sie überhaupt den Landwirten und nicht den Händlern, die jetzt goldene Tage haben, mit zugute kommen) sehr weiten Schichten des deutschen Volkes zugute, Reuten, die wirklich ihrem Jahresverdienst nach auch zu den „Minderbemittelten“ zu rechnen sind, Reuten, die vorher zwei Jahre ohne Lohn, d. h. also mit Schäden an der Verjüngung des deutschen Volkes mit billigen Schweinefleisch gearbeitet haben. Das sollte man ernsthaft bedenken und nicht wider besseres Wissen oder ohne jedes Sachkenntnis der Druck los schmeißen und drauf los ratiionieren. Der Wunsch, daß die Fleischsteuerung recht bald ein Ende nehmen möge, ist unzweifelhaft berechtigt und allgemein, aber man soll und darf nie die Gesichtspunkte außer Acht lassen, die wir im Obigen ausgeführt haben. Das erfordert einfach die Gerechtigkeit!

Sausfahrungen bei katholischen Geistlichen. In der Angelegenheit der polnischen Schulobstruktion wurden gestern in Gnesen auf Antrag der Staatsanwaltschaft bei dem Dompfropf Piotrowski und vielen anderen katholischen Geistlichen der Gnesener Diözese Hausdurchsuchungen vorgenommen, die zur Beschlagnahme von Schriftstücken führten. Diese wurden der dortigen Staatsanwaltschaft eingekandt.

In der Sitzung der Eisenwerk-Kommission, die am 19. cr. in Eisen stattfand, wurde festgestellt, daß, abgesehen von einigen Braunkohlenwerken, von den bergbaulichen Vereinen noch keine Antwort auf die bekannten Forderungen der Bergarbeiter eingegangen sei und eine solche auch schwerlich vor dem 25. Oktober eintreffen dürfte. Nach Eingang der Antwort der bergbaulichen Vereine werden die Organisationsleiter und die Eisenwerk-Kommission zur Beschlußfassung zusammenzutreten.

Freikonservativer Parteitag.

— Breslau, 18. Oktober.
Unter zahlreicher Beteiligung trat heute zu Breslau unter dem Vorsitz des Herzogs von Ratibor im großen Saale des „Deutschen Kaisers“ der Parteitag der freikonservativen Partei zusammen; es ist das erste Mal, daß diese Partei einen öffentlichen Parteitag abhält. Er sollte zuerst auf die Provinz Sachsen beschränkt

bleiben, ist aber jetzt auf den Wunsch zahlreicher Parteimitglieder auf ganz Deutschland erweitert worden. So hatten sich allen Teilen des Reiches eingeladen; die freikonservativen Parteien des Reichstages, des Abgeordnetenhauses und des Provinzialparlamentes von Hannover, von Jütland, Dr. Wendt, von Dürren, Camp, Baensch-Schmittlein und viele andere, auch Professor Julius Wolff von der Breslauer Universität war ameldend. Der Herzog von Ratibor eröffnete die Verhandlungen mit einem brieflichen Hoch auf den Kaiser. Als Hauptzweck des Parteitages bezeichnete er, den Abgeordneten in den Parlamenten Gelegenheit zu geben, ihre Stellungnahme zu den Gesetzentwürfen in der abgelaufenen Session zu rechtfertigen.

An erster Stelle ergriß hierauf Herzog von Ratibor das Wort, der gab einen Überblick auf die Geschichte der Partei und ging dann zu einer Skizze der gegenwärtigen Lage über. Betreffs der kolonialen Streitigkeiten betonte er, daß, ob Angriffe erhoben werden könnten, abgewartet werden müsse, was für Material im Reichstage vorgelegt wird. Dann wurde der Redner fort: Wir glauben mit der Steuerreform ein gutes nationales Werk getan zu haben. Die Majorität des Reichstages hat alles eher verdient als die Kritik, die wir in den Wäutern aller Parteien zuteil geworden ist. Unsere Bevölkerung zählt gegenwärtig 60 Millionen, und es wird gar nicht lange dauern, bis Deutschland doppelt soviel Einwohner hat wie Frankreich. Unsere Nahrung zu Wasser und zu Lande ist hart, in das wir kriegerische Generalitäten mit einem gewissen Gleichmut entgegennehmen können. Wie können sicher sein, daß auch sozialistische Wände es sich erlauben, das uns mit überlegen werden, ehe sie uns mit Krieg überziehen. (Zehr wohl!) Unsere Industrie ist in einem blühenden Aufschwunge, die Exporten ertragsreicher in einem beträchtlichen Ausmaß. Wir haben eine Alters- und Invalidenversicherung, zuzunehmende Wohlstand, und die uns die ganze Welt beneidet. Endlich nicht ohne Schulden auf einer Höhe, die es in keinem anderen Lande der Welt erreicht hat. Unsere erste politische Aufgabe ist es, dieses Wohlstand zu erhalten. (Zehr wohl!) Heute vor hundert Jahren haben wir ein Beispiel dafür erlebt, wie ein Staat sich auf der friedlichen Höhe nicht halten konnte. Auch jetzt ist bei uns im Lande eine Partei unterbrochen, die die Freiheit, die Sozialdemokratie, die dem deutschen Volk die Gottesfurcht und das Gottesglauben, die Liebe zur Heimat, die Treue gegen Kaiser und Reich, die Verehrung gegen das angekommene Fürstentum und die Klugheit vor dem Gesetz rauben will. (Zehr wohl!) In der Vergangenheit sind wir uns in der Vergangenheit, bei den letzten Reichstagswahlen über drei Millionen Stimmen zu verfügen, so müssen wir uns zugeben, daß auch jetzt eine ernste Gefahr vorliegt, daß das deutsche Volk diejenigen Eigenschaften verloren haben könnte, um sich auf seiner heutigen Höhe zu erhalten. (Zehr wohl!) Dem Reichstag sind wir als einen glänzenden Sieg bei Herrn Webel anwesend. Aber jetzt innerhalb der Sozialdemokratie ist zu Boden gebrochen. Daran sollten sich die bürgerlichen Parteien ein Beispiel nehmen und allen Hader und Zwist zwischen den verschiedenen Parteien und Fraktionen möglichst vermeiden. (Zehr wohl!) Das Abgeordnete, das die bürgerlichen Parteien gegenüber der Sozialdemokratie, muß den Abgeordneten begeben werden, als es bisher geschehen ist. Die Sozialdemokratie agitiert in der stärksten Weise; für jeden Wahlkreis ist bereits der Kandidat nominiert. Demgegenüber sollten für die fünfzig Reichstagswahlen alle bürgerlichen Parteien eine Organisation bilden, die sich gegenüber der Sozialdemokratie (Zehr wohl!) gegenüber der Sozialdemokratie die Opferlosigkeit der sozialdemokratischen Arbeiter rühmend vorgehalten worden. Wenn wir auch zugeben müssen, daß die Beiträge für die Parteialle zum großen Teile zu langsam eingetrudelt werden, so können wir doch andererseits nicht leugnen, daß die Opferlosigkeit der bürgerlichen Parteien sehr viel zu wünschen übrig läßt. Das muß anders werden! (Zehr wohl!) — Der Redner schloß unter lebhafter Zustimmung der Versammlung: Heute ist der Jahrestag der Schlacht bei Leipzig. Damals gelang es dem deutschen Volke, die französischen Fremdenverdrängen loszuwerden. Möge das deutsche Volk bald die sozialdemokratische Fremdenverdrängen los sich abzuschießen. (Stimmloser Beifall.)

An zweiter Stelle referierte Johann der Herzog, Otto von Ratibor, von Jütland über die Tätigkeit der freikonservativen Fraktion im Abgeordnetenhause. Er führte u. a. aus: Wenn man annehmen, daß das preussische Wahlrecht verbesseungsbedürftig ist, über so falsch, wie es allgemein gemacht wird, ist es doch nicht. Jedenfalls ist es immer noch besser, als das Wahlrecht im Reich, wo lediglich die Kopfzahl entscheidet. Wir müssen uns die Frage vorlegen, ob das Reich das jetzige Wahlrecht auf die Dauer nicht vertrotten können. (Zehr richtig!) Wenn die Stunde kommt, in der wir die Verbesserung gewinnen, daß das Reichs-Parlament mit dem Behalten des Reiches zu werden und in den Bestand des Reichstages und die nationale Stellung Deutschlands in der Welt gefährdet, ist es die patriotische Pflicht eines jeden, auf Mittel und Wege zu sinnen, um das Reichs-Parlament mit den Erfordernissen des Reiches in Einklang zu bringen. (Zehr wohl!) Dann werden wir auch in der Lage sein, das preussische Wahlrecht in die Wege zu leiten und in Preußen der Handarbeit größere Rechte einzuräumen. Andererseits aber werden wir in Preußen beizugehen dafür zu sorgen haben, daß Anteile eingeführt werden, die Zustände verbessern, wie sie gegenwärtig im Reiches eingetren sind, und es für alle Zeit auszuscheiden, daß der preussische Staat unter die Herrschaft des internationalen Protektors gerate. (Zehr wohl!) Was die Tätigkeit der Fraktion im Abgeordnetenhause betrifft, so hat das Schulkommission von 1904 bewiesen, daß die konservativen, freikonservativen, nationalliberalen Partei zusammen positive Arbeit leisten können. (Zehr wohl!) So haben wir unsere Pflicht

